# SATZUNG DER GEMEINDE LEVITZOW

über den Bebauungsplan W 2

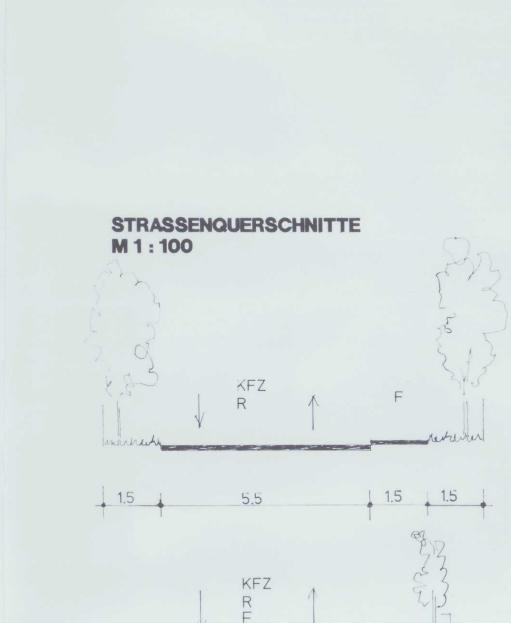
1. Anderung

3. Ausfertigung M1:1000

PLANZEICHNUNG TEIL A

Es ailt die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 23. Januar 1990 (BGBL. LS. 132), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland vom 22. April 1993 (BGBL. LS. 466) sowie die Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung 1990 -Planz V 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBL. 1991 I S. 58).

Aufgrund § 10 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 27.08.1997 (BGBL. I S. 2141), geändert durch das Gesetz v. 15.12.1997 (BGBL. I S. 2902/2903), sowie nach § 86 der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern vom 06. Mai 1998 (GVO Bl. M-V S. 468) hat die Gemeindevertretersitzung Levitzow die 1. Änderung des Bebauungsplanes "W 2" bestehend aus der Planzeichnung Teil A, dem Text (Teil B) sowie die Begründung als Satzung beschlossen.



SANDBERG

NEUE LAND

HIRTENWIESE

1.25 1.0 5.0 5.5 5.0

überarbeitet 29.04.1998

PLANUNGSGRUNDLAGE

TETEROW

GEMARKUNG: LEVITZOW

Gebäudebestand nicht aktuell

FLURKARTE: LEVITZOW FLUR 1

GENEHMIGUNGSNUMMER NR. 1./95

HERAUSGEBER: LANDKREIS GÜSTROW

KATASTER- UND VERMESSUNGSAMT

Bäume anpflanzen öffentliche Parkfläche ---- Straße außerhalb des Plangebietes

Nummer des Baugebietes

vorh. Flurstücksgrenze

vorh. Flurstücksnummer

DARSTELLUNG OHNE NORMCHARAKTER

vorh. Gebäude

Bäume erhalten

Sichtdreieck

PLANZEICHENERKLÄRUNG

Erläuterung

( § 9 Abs. 1 Nr. 1 des Baugesetzbuches-BauGB- , § § 1-11 der Baunutzungsverordnung-Bau NVO- , in der Fassung der Be-

Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß

nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig

Umgrenzung von Flächen zu (§9 Abs.1 Nr. 25

Anpflanzen vonBäumen,Sträuchern Buchst. a und Abs.

Grenze des räumlichen Geltungsbe - (§ 9 Abs.7 BauGB)

Rechtsgrundlage

(64 BauNVO)

(§9 ABS.1 NR.1 Bau GB, § 16 BauNVO)

(§9 ABS.1,NR. 2

BauNVO)

6 BauGB )

(§9 Abs.1 Nr.15 und

Abs.6 BauGB )

(§1 Abs.4 , § 16 Abs.5 BauNVO )

BAUGB, § \$ 22U.23

GB,u. Abs.6 BauGB)

Planzeichen

WD

KWD

FESTSETZUNGEN

ART DER BAULICHEN NUTZUNG

kanntmachung vom 23.01.1990 )

MASZ DER BAULICHEN NUTZUNG

BAUWEISE , BAUGRENZEN

---- Baugrenze

VERKEHRSFLÄCHEN

ZWECKBESTIMMUNG

GRÜNFLÄCHEN

Grundflächenzahl

offene Bauweise

Krüppelwalmdach

----- Strassenbegrenzungslinie

Spielplatz

Schutzgrün

Grünfläche

SONSTIGE FESTSETZUNGEN

ZWECKBESTIMMUNG

S Sichtfläche

öffentliche Grünfläche

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung

reichs des Bebauungsplans

Strassenverkehrsflächen

Gehwegbegrenzungslinie

und sonstige Bepflanzungen

Umgrenzung von Flächen,die von der Bebauung freizuhalten sind (§9 Abs.1 Nr.10 u. Abs.6 BauGB)

Satteldach

Walmdach

Allgemeine Wohngebiet

AUFTRAGGEBER: K & F Bauträger GmbH Luisenstraße 6a

14822 Brück

AUFTRAGNEHMER : BÜRO FÜR UMWELTGESTALTUNG FREIE ARCHITEKTEN UND GESTALTERGRUPPE SCHORNSTEINFEGERGASSE 3 14482 POTSDAM

Tel./Fax 0331/7480520 Dipl.Ing. Hajo Kölling Architekt und Stadtplaner BDA Zul.-Nr. BA 1001-91-1-1AS

Gartenbauing. Irmhild Peters Landschaftsarchitekt Zul.-Nr.BA 1307-91-1

ÜBERARBEITET : BÜR D FÜR BAUPLANUNG GÜNTER MATTERN MITTELWEG 3 17166 TETEROW

# TEIL "B"

### Art und Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

1. Im allgemeinen Wohngebiet (WA) sind von der nach § 4 BauNVO zulässigen Arten von Nutzungen nur zulässig: - Wohngebäude - die der Versorgung des Gebietes dienenden Läden, Schank- und Speisewirtschaften

sowie nicht störende Handwerksbetriebe - Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke.

TEXT

- Maß der baulichen Nutzung - Grundflächenzahl GRZ = 0,4
- Geschoßflächenzahl GFZ = 0,4 3. Im allgemeinen Wohngebiet sind selbständige Werbeanlagen nicht zulässig.

4. Sichtdreiecke sind von jeder sichtbehindernden Nutzung, Bepflanzung, Einfriedung oder Aufschüttung ab einer Höhe von 0,70 m über der angrenzenden Verkehrsfläche

Von der Bebauung freizuhaltende Flächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB) (Sichtdreiecke)

freizuhalten. Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a und 25b BauGB)

### 5. Bestandsschutz

(Gegenstandslos)

Maßnahmen sowie Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft

1. Befestigung der Grundstücksfreiflächen Für die befestigten Teile der Grundstücksfreiflächen sind vollständig bodenversiegelnde Ausführungen unzulässig. Grundstückszufahrten und Wege dürfen nur in den erforderlichen Breiten von 3,50 m befestigt werden. Das Wegematerial ist in Kies zu verlegen.

2. Befestigung der Straßen und Wege Innerhalb des Geltungsbereiches werden öffentliche Wohnstraßen, Fuß- und Radwege, Parkflächen sowie die Haupterschließungsstraße mit Verbundsteinpflaster in Kies verlegt, befestigt.

## Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern, Bindungen für Bepflanzungen

1. Pflanzfestsetzungen: Aufgelockerte Bepflanzung Die Vorgärten in einer Größe von 5,0 m Tiefe sind als aufgelockerte, teilweise transparente Kulisse mit standortgerechten Sträuchern und Großsträuchern zu

2. Pflanzfestsetzungen: Baumallee Die Baumallee ist als beidseitige Reihenpflanzung im Pflanzabstand von 10,0 m mit Laubbäumen zu bepflanzen. Der Mindestumfang der Laubbäume beträgt 10/12 cm

3. Mindestbepflanzung der Baugrundstücke In allen Baugebieten sind die Grundstücksfreiflächen mit standortgerechten Bäumen und Sträuchern zu bepflanzen. Ab einer Grundstücksgröße von 200 m² ist mindestens

4. Einfriedungen

12. Kinderspielplatz Anlage eines Kinderspielplatzes nach DIN 18034.

### Ökologische Belange (§ 9 Abs. 1 Nr. 14 BauGB)

### Ortliche Bauvorschriften (§ 86 LBauO M-V)

- größer gleich 35°C bis höchstens 50°C festgesetzt. Die Dacheindeckung ist in roten Dachziegeln auszuführen (außer Gargen und Carports).
- 16. Im allgemeinen Wohngebiet sind nur Doppel- und Einzelhäuser zulässig.
- 17. Bei der Zahl der Vollgeschosse I als Höchstgrenze ist ein Dachausbau zulässig.
- 18. Nebenanlagen sind nicht zulässig.
- 19. Die Fassade von oberirdischen baulichen Anlagen sind im Verblendmauerwerk und in Putzausführung zulässig.
- 20. Fenster und Türen müssen ein stehendes rechteckiges Format haben.

### Planungsrechtliche Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB

- Planungsrechtliche Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 3 BauGB
- 22. Die Mindestgrundstücksgröße wird mit 700 m² festgelegt.

### VERFAHRENSVERMERKE

Aufgestellt auf Grund des Aufstellungsbeschlusses der Gemeindevertretersitzung vom 10.06.98. Die ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses durch Abdruck im amtlichen Verkündungsblatt ist am 29.06, 98 erfolgt.

Die frühzeitige Bürgerbeteiligung nach § 3. Abs. 1, Satz 1 BauGB ist am durchgeführt worden.

Amtsvorsteher

- Austritt von verunreinigte Die für die Raumordnung und Landesplanung zuständige Stelle ist gemäß § 246 a Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BauGB beteiligt worden. angetroffen, ist der Grundstücksbesitzer als Abfallbesitzer zur ordnungsgemäßen Ent- sorgung des belasteten Bodenaushubes nach § 3 Abs. 1 Abfallgesetz von 27. August 1986

Die von der Planung berührten Trägenöffentlicher Belange wurde am während einer Anhörung sowie mit Schreiben vom 19.06.98 und 22,06.98

zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert Levitzow, 13. 11. 98 Siegelabdruck

Die Gemeindevertretersitzung hat am 10.06.98 den Entwurf des Bebauungsplans mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt. i.V. fases

Levitzow, 13 11,98 (Siegefabdruck)

Der Entwurf des Bebauungsplans, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) sowie der Begründung haben in der Zeit vom 07.07. 98 bis zum 14.08. 98 während folgender Zeiten: 10+ hi 08.00 - 12.00 u. 14.00 - 15.30 blest nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen. De. 08.00 - 12.00 u 14.00 - 16.00 Tr. 08.00 - 12.00 W. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, daß Bedenken und Anregungen

Die Gemeindevertretersitzung hat die vorgebrachten Bedenken und Anregungen der Bürger sowie die Stellungnahme der Träger öffentlicher Belange am 02, 09.98

Der Entwurf des Bebauungsplans ist nach der öffentlichen Auslegung (Ziff. 4)

schriftlich oder zur Niederschrift geltend gemacht werden können, am

im ortsüblich bekanntgemacht worden.

Levitzow, 13. 11. 98 (Siegelabdruck

04:11.98 Az: Has

(Teil B), wird hiermit ausgefertigt.

09.02.99

Ankagen

mit Nebenbestimmungen und Hinweisen erteilt.

Levitzow. 13. 11. 98 (Siegelabdruck)

06. 01. 99 Az: Mas bestätigt.

geändert worden. Daher hat der Entwurf des Bebauungsplans, bestehend aus der

Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) sowie die Begründung in der Zeit vom bis zum während der Dienstzeiten erneut öffentlich ausgelegen.

Dabei ist bestimmt worden, daß Bedenken und Anregungen nur zu den geänderten und

Hinweis, daß Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann

ergänzten Teilen vorgebracht werden können. Die öffentliche Auslegung ist mit dem

Der Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B)

1. Die Genehmigung dieses Bebauungsplans, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde mit Erlaß des Landratsamtes des Kreises Güstrow vom

Gemeindevertretersitzung vom erfüllt, die Hinweise sind beachtet. Das wurde mit Verfügung des Landratsamtes des Kreises Güstrow vom

Die Bebaungsplansatzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text

Die Erteilung der Genehmigung des Bebauungsplans, sowie die Stelle, bei der der Plan

auf Dauer während der Dienststunde i von jedermann eingesehen werden kann und

ortsüblich bekanntgemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Geltend-

und Erlöschen von Entschädigungsansprüchen (§§ 44, 246 a Abs. 1 Satz 1 Nr. 9

machung der Verletzung von Verfahrens- und Formschriften und von Mängeln der

über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind am OP. 02.99 im 3k6l Nr. 3199

Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) und weiter auf Fälligkeit

i. V. School

i. V. Heeber

Bürgermeister

wurde am 02.09.98 von der Gemeindevertretersitzun 4-als Satzung

geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.

während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, am 29.06.98 im 3466. Nr. 13 ortsüblich be-

Der kalastermaßige Beskud am 02 95.1996 wird als richtig dargestellt bescheinigt. Hinsuhlich eter lagerichtigen Darstellung der Grenzpunkte gilt der Vorbehalf, daß eine Prulung nur grob erfolgte, da die rechtsverbindliche Flurkarte im Maß-

bepflanzen. Dazwischen werden Rasen und Bodendecker gesät bzw. gepflanzt. stab 1:4000 vorliegt. Regreßansprüche können nicht abgeleitet werden.

Sie werden als Hochstämme gepflanzt. Die Baumscheiben erhalten eine Größe von

ein Laubbaum je angefangene 250 m² Grundstücksfläche zu pflanzen.

Die Einfriedung nur zur Straße mit einem Holzzaun darf die Höhe von 0,75 m nicht überschreiten. Alle weiteren Einfriedungen sind Hecken aus mindestens 80 % Laubgehölzen.

8. Schutz von Vegetation bei Baumaßnahmen Schutzmaßnahmen: Schutz von Vegetationsflächen Zur Verhinderung von Schäden durch Baueinwirkung dürfen im Bereich künftiger Vegetationsflächen keine Gifte und bodenverfestigende Stoffe ausgebracht werden.

9. Nachpflanzgebote Bei Nichtanwachsen einer Baumart ist die gleiche Art standortgercht nachzupflanzen.

10. Pflanzenarten Es werden mindestens 80 % einheimische Pflanzen gepflanzt.

11. Ausgleichsflächen Das Baugelände ist Brachland. Als Ausgleichsflächen werden festgesetzt: heckenartige Einfriedungen, Spielplatz, Baumallee, öffentliche Grünflächen.

13. Das anfallende Regenwasser der Dachflächen ist auf dem Grundstück zu versickern.

- 14. Einfriedungen zu den Verkehrsflächen sind in einer Höhe von max. 0,75 m auszubilden. Geschlossenes Mauerwerk ist nicht zulässig.
- 15. In allen Baufeldern wird für die Hauptdachfläche des Gebäudes eine Dachneigung
- Stellplätze mit einer Pergola versehen (Carports) oder Garagen sind zulässig.

- 21. Die Wohngebäude sind rechtwinklig zur berührenden Anliegerstraße zu errichten.
- Das Bauen "in zweiter Reihe" ist unzulässig.

# Ubersichtsplan

auffällige Bodenverfärbungen entdeckt werden, ist das Landesamt für Bodendenkmalpfle

Verantwortlich Lierfür sind gem. § 9, Abs. 2 - Verordnung zum Schutz und zur Erhaltur

Werden bei Bauarbeiten Anzeichen für bisher unbekannte Belastungen des Untergrundes wie

urgeschichtliche Bodendenkmäler - der Finder sowie der Leiter der Arbeiten.

Auf die Anzegepflicht nach § 11 AbfG wird ausdrücklich hingewiesen.

- abartiger Geruch

- anomale Färbung

LEVITZOW Landkreis Güstrow Land Mecklenburg-Vorpommern

Bebauungsplan "W 2"